DJS JDS GDS

Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz
Juristes Démocrates de Suisse
Giuristi e Giuriste Democratici Svizzeri
Giuristas e Giurists Democratics Svizzers

Neuengasse 8
3011 Bern
Tel 031 312 83 34
Fax 031 312 40 45
info@djs-jds.ch
www.djs-jds.ch

Bern, 27. Mai 2009

Umzugsverbot in der Stadt Bern:
Gemeinderat will Beschwerde zum Kundgebungsreglement weiterziehen

Der Entscheid des rot-grünen Gemeinderates, den fundierten Entscheid der Regierungsstatthalterin anfechten zu wollen stösst bei den DJS auf grosses Unverständnis, zumal der Gemeinderat selbst diesen Artikel auch nicht wollte und sich offensichtlich der verfassungsrechtlichen Probelmatik bewusst war!

Die ausführliche Begründung der Gutheissung der Beschwerde - eingereicht von einer breiten Koalition aus Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen - sieht ja ausdrücklich vor, dass wie bereits heute im Einzelfall nur Platzkundgebungen bewilligt werden können. Gemäss geltendem Reglement sollen aber in aller Regel nach wie vor Kundgebungsumzüge bewilligt werden.

Der nun beschlossene Weiterzug der Beschwerde auf Kosten der Steuerzahlenden zeugt von wenig Verständnis für ein verfassungsmässiges Recht, was gerade von einem rot-grünen Gemeinderat sehr enttäuscht. Die jetzige rechtliche Grundlage entspricht den verfassungsmässigen Vorgaben. **Ein grundsätzliches und generelles Umzugsverbot wäre auch praktisch kaum durchzusetzen und würde vielmehr zu grosser Rechtsunsicherheit führen, die letztlich der Stadt Bern einiges an Mehrkosten und regelmässige gerichtliche Auseinandersetzungen bescheren würde.**

Die DJS sind zuversichtlich, dass auch die nächste Instanz (Verwaltungsgericht) das verfassungsmässige Recht auf freie Meinungsäusserung mittels eines, zwischen Organisatoren und Polizei jeweils abgesprochenen Kundgebungsumzugs gutheissen wird.

Für Rückmeldungen stehen wir Ihnen wie folgt zur Verfügung:

Dr. Michel Heinzmann, Verfasser der Beschwerde im Auftrag der breiten Koalition:
Telefon 031 370 10 60
Für die DJS: Catherine Weber, Telefon 031 312 83 34

Die Gemeindebeschwerde wurde namentlich (in alphabetischer Reihenfolge) eingereicht von: augenauf bern; comedia schweiz; Demokratische Juristinnen und Juristen Bern, djb; Gewerkschaft Kommunikation GEKO, Regionalsekretariat Bern; Gewerkschaft Kommunikation, Sektion Bern-Postpersonal; Gewerkschaftsbund Kanton Bern GKB; Gewerkschaftsbund Stadt Bern GSB; grundrechte.ch; Grüne Partei Bern-Demokratische Alternative GPB-DA; Grüne Partei der Schweiz GPS; Grünes Bündnis Bern GB; Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA; Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Schweiz, JUSO; Solidarité sans frontières; Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern; Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern

Zusätzlich wurde die Beschwerde mitgetragen von: Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz DJS; Gewerkschaft Kommunikation, Sektion Zentrale Bereiche Post; Junge Alternative JA!; PdA Bern; Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB; Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS; StudentInnenschaft der Universität Bern SUB; Syna Region Bern; Travail Suisse; Unia, Sektion Bern und Region Bern; vpod Region Bern und Bundespersonal